

ordneten Leiter mit einer Stellungnahme zur Entscheidung zuzuleiten. Der Einreicher der Beschwerde ist davon zu informieren. Über die Beschwerde haben innerhalb weiterer vier Wochen endgültig zu entscheiden bed. Beschwerden gemäß

— Abs. 2 Buchst. a der Minister der Finanzen,

— Abs. 2 Buchst. b der Leiter der Staatlichen Finanzrevision nach Beratung mit den zuständigen Ministerien oder anderen zentralen Staatsorganen,

— Abs. 2 Buchst. c der Leiter der für die Prüfung zuständigen Inspektion der Staatlichen Finanzrevision nach Beratung mit dem für diese Betriebe und Kombinate, Staats- und Wirtschaftsorgane sowie staatlichen Einrichtungen zuständigen übergeordneten Leiter.

(4) Kann in Ausnahmefällen eine Entscheidung innerhalb der Frist nicht getroffen werden, ist rechtzeitig ein Zwischenbescheid unter Angabe der Gründe sowie des voraussichtlichen Abschlußtermins zu geben.

(5) Die Beschwerde gegen Revisionsfeststellungen und Auflagen der Staatlichen Finanzrevision hat keine aufschiebende Wirkung. Der für die Entscheidung jeweils zuständige Leiter kann jedoch auf Antrag die Durchführung der Auflagen bis zur endgültigen Entscheidung über die Beschwerde vorläufig aussetzen.

(6) Entscheidungen über Beschwerden sind den Einreichern der Beschwerden bekanntzugeben und zu begründen.“

29. § 6 der Verordnung vom 9. November 1967 zur Registrierung von Vereinigungen (GBl. II S. 861) erhält folgende Fassung:

#### „§6

(1) Gegen Entscheidungen gemäß §§ 2, 3 und 5 kann Beschwerde eingelegt werden. Die Entscheidungen haben eine Rechtsmittelbelehrung zu enthalten.

(2) Die Beschwerde ist schriftlich oder mündlich unter Angabe der Gründe innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Zugang der Entscheidung bei dem staatlichen Organ einzulegen, das die Entscheidung getroffen hat.

(3) Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

(4) Über die Beschwerde ist innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach ihrem Eingang zu entscheiden. Wird der Beschwerde nicht oder nicht in vollem Umfange stattgegeben, ist sie innerhalb dieser Frist in den Fällen des

— § 3 Abs. 1 Buchstaben a und b dem Vorsitzenden des Rates des Kreises oder des Bezirkes,

— § 3 Abs. 1 Buchst. c und des § 5 dem Leiter des zentralen staatlichen Organs

zur Entscheidung zuzuleiten, in dessen Zuständigkeitsbereich die Entscheidung getroffen wurde. Der Einreicher der Beschwerde ist davon zu informieren. Die nach Abs. 4 Entschei-

dungsbefugten haben innerhalb weiterer vier Wochen endgültig zu entscheiden.

(5) Kann in Ausnahmefällen eine Entscheidung innerhalb der Frist nicht getroffen werden, ist rechtzeitig ein Zwischenbescheid unter Angabe der Gründe sowie des voraussichtlichen Abschlußtermins zu geben.

(6) Entscheidungen über Beschwerden sind den Einreichern der Beschwerden bekanntzugeben und zu begründen.“

30. §§ 35 und 36 der Verordnung vom 3. August 1967 über Kurorte, Erholungsorte und natürliche Heilmittel — Kurortverordnung — (GBl. II S. 653) erhalten folgende Fassung:

#### „§ 35

##### Bescheide, Entscheidungen, Festsetzungen und Verfügungen

Bescheide gemäß § 27 Abs. 3, die Versagung von Genehmigungen gemäß § 25 Abs. 3 Buchst. a, Festsetzungen gemäß § 30 Abs. 2 und Verfügungen gemäß § 32 Absätze 3 und 6 und § 34 Abs. 1 haben schriftlich zu ergeben und eine Rechtsmittelbelehrung zu enthalten, sind zu begründen und den Betroffenen zuzustellen. Vorläufige Verfügungen der Kontrollbeauftragten gemäß § 32 Abs. 6 sind innerhalb von drei Tagen durch die zuständigen Organe, Institute oder Einrichtungen zu bestätigen.

#### § 36

##### Beschwerdeverfahren

(1) Gegen Bescheide, Entscheidungen, Festsetzungen, Verfügungen oder Bestätigungen vorläufiger Verfügungen gemäß § 35 (nachstehend Entscheidungen genannt) kann Beschwerde eingelegt werden. Die Beschwerde ist schriftlich oder mündlich unter Angabe der Gründe innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Zustellung des Bescheides, der Entscheidung, der Festsetzung oder der Verfügung bei dem Organ einzulegen, das den Bescheid, die Entscheidung, die Festsetzung oder die Verfügung getroffen hat. Die Einlegung der Beschwerde gegen die Festsetzung der Höhe der Entschädigung oder die Bedingungen ihrer Zahlung richtet sich nach § 15 des Entschädigungsgesetzes vom 25. April 1960 (GBl. I S. 257).

(2) Über die Beschwerde ist innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach ihrem Eingang zu entscheiden. Wird der Beschwerde nicht oder nicht in vollem Umfange stattgegeben, ist sie innerhalb dieser Frist

— bei Beschwerde gegen eine Entscheidung des Vorsitzenden des örtlichen Rates dem zuständigen Rat,

— bei Beschwerde gegen eine Entscheidung des Rates des Kreises dem Rat des Bezirkes,

— bei Beschwerde gegen eine Entscheidung eines Instituts oder einer Einrichtung dem Leiter des dem Institut oder der Einrichtung übergeordneten Organs

zur Entscheidung zuzuleiten. Der Einreicher der Beschwerde ist davon zu informieren. Das übergeordnete Organ hat innerhalb weiterer vier